Allgemeine Vertragsbedingungen zur Lieferung von elektrischer Energie (Stromlieferungsverträge „Natur-Power“) durch die Stadtwerke Gießen AG (Stand: 27. September 2026)

Die Informationen entsprechend der Informationspflicht aus § 312d Abs. 1 BGB in Verbindung mit Art. 246a §§ 1, 2 EGBGB sind in den Allgemeinen Vertragsbedingungen und im Auftragsformular enthalten.

1. Art und Umfang der Lieferung

1.1 Die elektrische Energie (Strom aus 100 % erneuerbaren Energien gem. § 3 Nr. 21 EEG) wird für die vom Kunden benannte Anlage geliefert.
1.2 Die Stromart ist Drehstrom mit einer Nennspannung von 230/400 Volt und einer Nennfrequenz von etwa 50 Hertz.
1.3 Die Belieferung erfolgt außerhalb der Grundversorgung.
1.4 Sofern der Kunde den Tarif Natur-Power WP gewählt hat, erfordert das Zustandekommen dieses Vertrages den Nachweis, dass die Wärmepumpe des Kunden mit einer separaten, steuerbaren Messeinrichtung ausgestattet ist und der Kunde mit dem zuständigen Netzbetreiber eine Vereinbarung über die netzorientierte Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen in der Niederspannung gemäß § 14a EnWG abgeschlossen hat. Der Kunde ist verpflichtet, die Vereinbarung mit dem Netzbetreiber über die netzorientierte Steuerung seiner Wärmepumpe für die Dauer dieses Vertrages aufrechtzuerhalten.

2. Messung und Verbrauchsablesung

2.1 Die von den Stadtwerke Gießen AG (SWG) gelieferte elektrische Energie wird durch Messeinrichtungen nach den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes festgestellt.
2.2 Die Messeinrichtung wird vom Messstellenbetreiber, von den SWG, einem von diesen Beauftragten oder auf Verlangen der Vorgenannten vom Kunden selbst abgelesen. Für die Ablesung durch den Messstellenbetreiber können gesonderte Kosten anfallen.
2.3 Der Kunde ist verpflichtet, die Messeinrichtung mindestens zum Zeitpunkt des Lieferbeginns, des Lieferendes und zum Wirksamwerden von Preisänderungen selbst abzulesen und innerhalb von jeweils 14 Kalendertagen an die SWG in Textform zu übermitteln.
2.4 Erhält der Kunde eine neue Messeinrichtung im Sinne des Messstellenbetriebsgesetzes und werden den SWG dafür geänderte Entgelte für den Betrieb der Messeinrichtung in Rechnung gestellt, sind die SWG berechtigt, diese Kostenveränderung an den Kunden weiterzugeben.

3. Verbrauchsabrechnung

3.1 Der Abrechnungszeitraum beträgt ein Jahr. Die SWG werden dem Kunden mindestens einmal jährlich unentgeltlich eine Abrechnung und Abrechnungsinformationen in Papierform übermitteln. Weitere Abrechnungen (monatlich, vierteljährlich, halbjährlich) erhält der Kunde auf Wunsch gegen gesondertes Entgelt.
3.2 Hat der Kunde der Vertragsabwicklung über das online SWG-Kundenportal nach Ziffer 6. zugestimmt, werden die SWG die Abrechnungen und Abrechnungsinformationen abweichend von Ziffer 3.1. ausschließlich elektronisch übermitteln. Im Falle der elektronischen Übermittlung werden die SWG die Abrechnungsinformationen mindestens alle sechs Monate zur Verfügung stellen.

4. Energieentgelt und Steuern

4.1 Das für die Belieferung mit elektrischer Energie vom Kunden zu entrichtende Entgelt setzt sich aus einem Arbeitspreis je kWh und einem Grundpreis pro Jahr zusammen.
4.2 Die vereinbarten Nettopreise enthalten die Konzessionsabgabe, die Kosten für den Messstellenbetrieb, die Messung und die jährliche Abrechnung, das an den Netzbetreiber abzuführende Netznutzungsentgelt, die Stromsteuer sowie Umlagen aus dem Energiefinanzierungs-gesetz (EnFG), der Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) und der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) in ihrer jeweils geltenden Fassung.
4.3 Zu den vereinbarten Nettopreisen wird die Umsatzsteuer in ihrer jeweiligen gesetzlich festgelegten Höhe hinzugerechnet.

5. Zahlungen

5.1 Neben dem SEPA-Lastschriftmandat kann der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen durch fristgerechte Über-weisung nachkommen.
5.2 Zahlungen des Kunden werden stets auf die älteste Forderung verrechnet.
5.3 Anderweitige Leistungsbestimmungen durch den Kunden werden ausgeschlossen.

6. SWG Kundenportal

6.1 Die Abwicklung dieses Vertrages erfolgt über das online SWG-Kundenportal, soweit der Kunde dies wünscht und dieser Form der Vertragsabwicklung bei Vertragsschluss oder später zugestimmt hat. Die Nutzung des SWG-Kundenportals setzt eine Registrierung des Kunden auf der SWG Website unter kundenportal.stadtwerke-giessen.de voraus.
6.2 Ab Registrierung werden die SWG dem Kunden alle nach diesem Zeitpunkt erzeugten Mitteilungen, wie beispielsweise, die Abrechnungen und Abrechnungs-informationen sowie Mitteilungen über etwaige Preisänderung via SWG-Kundenportal übermitteln.
6.3 Sobald eine neue Mitteilung für den Kunden in das SWG-Kundenportal eingestellt wird, erhält der Kunde hierüber eine Benachrichtigungsemail an seine im SWG-Kundenportal hinterlegte E-Mail-Adresse. Der Kunde ist verpflichtet, die an ihn gerichteten Mitteilungen im SWG-Kundenportal abzurufen. Diese gelten als dem Kunden zugegangen, wenn der Kunde durch eine E-Mail der SWG darüber informiert wurde, dass für ihn neue Nachrichten bzw. Dokumente im Kundenportal zum Abruf bereitstehen.
6.4 Der Kunde hat sicherzustellen, dass er die Benachrichtigungs-E-Mails erhält. Hierzu ist er verpflichtet, den SWG während der Vertragslaufzeit eine gültige E-Mail-Adresse zur Verfügung zu stellen und diese aktuell zu halten. Der Kunde wird seine Zugangsdaten vertraulich behandeln.

7. Vertragsschluss, Lieferbeginn, Vertragslaufzeit und Kündigung

7.1 Der Vertrag tritt mit der Zusendung der Vertragsbestätigung durch die SWG in Kraft.
7.2 Die Vertragsbestätigung erfolgt in Textform.
7.3 Es gilt der in der Vertragsbestätigung genannte Lieferbeginn als vereinbart.
7.4 Soweit eine Erstlaufzeit (z.B. 12 Monate) vereinbart ist, beginnt diese mit Lieferbeginn bzw., wenn der Lieferbeginn nicht zum 1. eines Monats erfolgt, am 1. des auf den Lieferbeginn folgenden Monats. Er verlängert sich auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht von einer der Vertragsparteien mit einer Frist von einem Monat zum Ende der Vertragslaufzeit gekündigt wird. Danach kann der Vertrag von jeder Vertragspartei mit einer Frist von zwei Wochen zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
7.5 In allen anderen Fällen läuft der Vertrag auf unbestimmte Zeit und kann von jeder Vertragspartei mit einer Frist von zwei Wochen zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.
7.6 Die Kündigung bedarf der Textform, soweit nicht von einer auf der Internetseite der SWG eingerichteten Kündigungsmöglichkeit (sog. Kündigungsbutton) Gebrauch gemacht wird. Die SWG werden dem Kunden die Kündigung in Textform bestätigen.
7.7 Im Falle einer umzugsbedingten Kündigung hat der Kunde die Pflicht, die SWG über das Datum seines Auszuges und seine neue Rechnungsanschrift zu informieren. Sollte der Kunde dieser Pflicht nicht nachkommen, so hat er die Kosten für die Ermittlung seiner neuen Anschrift zu tragen.

8. Preise und Preisänderungen

8.1 Der nach diesem Vertrag zu entrichtende Strompreis besteht aus einem Arbeitspreis in Ct/kWh und einem festen Grundpreis in EUR/Jahr.
8.2 Der Grundpreis setzt sich aus folgenden Preisbestandteilen zusammen:
a) feste Preisbestandteile
b) in der Höhe veränderliche, staatlich oder regulatorisch induzierte Preisbestandteile (Netznutzungsentgelt, Entgelt f. Messeinrichtung)
8.3 Der Arbeitspreis setzt sich aus folgenden Preisbestandteilen zusammen:
a) feste Preisbestandteile
b) in der Höhe veränderliche, staatlich oder regulatorisch induzierte Preisbestandteile, wie
- Konzessionsabgabe,
- Netznutzungsentgelte,
- Stromsteuer sowie
- Umlagen aus
  - dem Energiefinanzierungsgesetz (EnFG) (ehemals EEG-, KWKG- und Offshore-Netzumlage),
  - der Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbLaV) und
  - der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV)

in den jeweils geltenden Fassungen.
8.4 Die Höhe der unter Ziffer 8.2 Buchstabe b) und 8.3 Buchstabe b) genannten veränderlichen Preisbestandteile wird dem Kunden in der Verbrauchsabrechnung mitgeteilt (§ 40 Abs. 3 EnWG).
8.5 Die SWG sind berechtigt, Preisänderungen im Wege der einseitigen Leistungsbestimmung in Ausübung billigen Ermessens nach § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) vorzunehmen. Der Kunde kann dies nach § 315 Absatz 3 BGB gerichtlich überprüfen lassen. Die SWG sind bei Kostensteigerungen berechtigt, bei Kostensenkungen verpflichtet, eine Preisänderung durchzuführen.
8.6 Bei der Preisermittlung sind die SWG verpflichtet, Kostensteigerungen nur unter Ansatz gegenläufiger Kostensenkungen zu berücksichtigen und eine Saldierung von Kostensteigerungen und Kostensenkungen vorzunehmen. Dabei werden die SWG bei Kostensteigerungen und Kostensenkungen dieselben zeitlichen und sachlichen Maßstäbe bei der Ermittlung des Umfanges und des Zeitpunktes der Preisänderungen anlegen. Die SWG dürfen insbesondere Kostensenkungen nicht später weitergeben als Kostensteigerungen.
8.7 Die SWG sind bei der Ermittlung der Preisänderungen berechtigt, auch künftige Kostenentwicklungen auf der Grundlage von Prognosen nach billigem Ermessen einzubeziehen.
8.8 Änderungen der Preise werden dem Kunden gegenüber erst nach brieflicher, im Falle der elektronischen Vertragsabwicklung alternativ nach elektronischer Mitteilung per E-Mail oder über das Kundenportal wirksam, die mindestens vier Wochen vor der beabsichtigten Preisänderung erfolgen muss. Im Rahmen der Mitteilung über die Preisänderung informieren die SWG den Kunden über Anlass und Umfang der Preisänderung.
8.9 Preisänderungen können nur zum Monatsersten erfolgen.
8.10 Bei Einführung neuer gesetzlicher Preisbestandteile, wie Umlagen oder Steuern, sind die SWG berechtigt, diese im Rahmen einer Preisänderung nach Maßgabe der Ziffern 8.5 bis 8.9 an den Kunden weiterzugeben.
8.11 Während einer vereinbarten Erstlaufzeit (Ziffer 7.4) sind die SWG zur Preisänderung nach den Ziffern 8.5 bis 8.9 nur berechtigt, soweit sich die unter Ziffer 8.2. Buchstabe b) und/oder die unter Ziffer 8.3 Buchstabe b) genannten Preisbestandteile verändert haben oder neue gesetzliche Preisbestandteile i.S.v. Ziffer 8.10 eingeführt worden sind.
8.12 Dem Kunden steht im Falle von Preisänderungen nach den Ziffern 8.5 bis 8.11 das Recht zu, diesen Vertrag zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Preisänderung in Textform zu kündigen. Die SWG werden den Kunden zeitgleich mit der nach Ziffer 8.8 zu übermittelnden Information über die Preisänderung auf dieses Kündigungsrecht hinweisen. Weitere vertragliche und gesetzliche Kündigungsrechte bleiben hiervon unberührt.
8.13 Bei unveränderter Weitergabe von umsatzsteuerlichen Mehr- oder Minderbelastungen, die sich aus einer gesetzlichen Änderung der geltenden Umsatzsteuersätze ergeben sowie bei unveränderter Weitergabe von Minderbelastungen aufgrund einer Absenkung des Saldos der Kalkulationsbestandteile nach § 40 Abs. 3 Nr. 3 EnWG bedarf es keiner Unterrichtung nach Ziffer 8.8; dabei entsteht kein außerordentliches Kündigungsrecht nach Ziffer 8.12.
8.14 Falls der Kunde eine Umlagenreduzierung nach § 22 EnFG in Anspruch nehmen möchte, hat er dies den SWG in Textform mitzuteilen und die Anspruchsvoraussetzungen darzulegen. Bei unveränderter Weitergabe von Umlagenreduzierungen nach § 22 EnFG oder Änderungen der Netzentgelte aufgrund einer Vereinbarung nach § 14a EnWG bedarf es keiner Unterrichtung nach Ziffer 8.8; dabei entsteht kein außerordentliches Kündigungsrecht nach Ziffer 8.12.

9. Bundesdatenschutzgesetz und Schufa-Auskunft

Die SWG verarbeiten personenbezogene Daten unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen zum Datenschutz. Beachten Sie dazu bitte die als Anlage zu diesem Vertrag beigefügten Datenschutzhinweise.

10. Lieferantenwechsel

Die SWG werden die für einen Lieferantenwechsel des Kunden erforderlichen Mitwirkungshandlungen zügig und unentgeltlich unter Beachtung der einschlägigen Fristen durchführen.

11. Haftung

11.1 Ansprüche wegen Schäden durch Unterbrechungen oder bei Unregelmäßigkeiten in der Stromversorgung sind, soweit es sich hierbei um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, gegen den Netzbetreiber geltend zu machen.
11.2 Unbeschadet dessen haften die SWG nur für Schäden aus der schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie für Schäden aus vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Pflichtverletzung.
11.3 Die SWG haften außerdem für Schäden aus schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, bei leichter Fahrlässigkeit jedoch der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren vertragstypischen Schäden. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägen und auf die der Kunde vertrauen durfte.

12. Informationen über die Rechte der Haushaltskunden

12.1 Fragen oder Beschwerden im Zusammenhang mit der Energielieferung können an die SWG per Post (Anschrift: Stadtwerke Gießen AG, Postfach 100 953, 35339 Gießen), telefonisch unter 0800 23 02 100 (kostenfrei aus dem dt. Festnetz und allen dt. Mobilfunknetzen) oder per E-Mail (info@stadtwerke-giessen.de) gerichtet werden.
12.2 Der Verbraucherservice Energie der Bundesnetz-agentur stellt Informationen über das geltende Recht, die Rechte der Haushaltskunden und über Streitbeilegungsverfahren für die Bereiche Elektrizität und Gas zur Verfügung und ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:
Bundesnetzagentur
Verbraucherservice Energie
Postfach 8001
53105 Bonn
Telefon: 0228 14 15 16 (Mo.-Fr. 8:00 – 20:00 Uhr)
Telefax: 030 22480-323
E-Mail: verbraucherservice-energie@bnetza.de

12.3 Zur Beilegung von Streitigkeiten für die Bereiche Elektrizität und Gas kann ein Schlichtungsverfahren bei der Schlichtungsstelle Energie beantragt werden. Die SWG sind zur Teilnahme am Schlichtungsverfahren verpflichtet. Die Schlichtungsstelle Energie ist unter folgenden Kontaktdaten zu erreichen:
Schlichtungsstelle Energie e.V.
Friedrichstraße 133
10117 Berlin
Tel.: 030 27 57 240-0
Internet: www.schlichtungsstelle-energie.de
E-Mail: info@schlichtungsstelle-energie.de
12.4 Die SWG nehmen darüber hinaus an keinem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungs-stelle nach dem Gesetz über die alternative Streitbeilegung in Verbrauchersachen (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz - VSBG) teil. Verbraucher haben die Möglichkeit, über die Online-Streitbeilegungs-Plattform (OS-Plattform) der Europäischen Union kostenlose Hilfestellung für die Einreichung einer Verbraucherbeschwerde zu einem Online Kaufvertrag oder Online Dienstleistungs¬vertrag sowie Informationen über die Verfahren an den Verbraucherschlichtungsstellen in der europäischen Union zu erhalten. Die OS-Plattform kann unter folgendem Link aufgerufen werden: https://ec.europa.eu/consumers/odr

13. Informationen über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen
13.1 Nach dem Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) weisen die SWG hiermit auf die Liste der Anbieter von Energiedienstleistungen, Energieaudits und Energieeffizienzmaßnahmen bei der Bundesstelle für Energieeffizienz unter www.bfee-online.de hin.
13.2 Weitere Energieeffizienzinformationen sind bei der Deutschen Energieagentur (dena) unter www.dena.de und dem Bundesverband der Verbraucherzentralen unter www.vzbv.de erhältlich.

14. Informationen über Tarife, Wartungsdienste und -entgelte
14.1 Aktuelle Informationen zu den geltenden Tarifen der SWG sind im Internet unter www.stadtwerke-giessen.de verfügbar.
14.2 Informationen zu Wartungsdiensten und -entgelten sind beim örtlichen Netzbetreiber erhältlich.

15. Änderung der Vertragsbedingungen
15.1 Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Textform.
15.2 Die Regelungen des Vertrages beruhen auf den zur Zeit des Vertragsabschlusses geltenden gesetzlichen Regelungen und sonstigen Rahmenbedingungen. Die Änderung dieser Regelwerke kann es für die SWG erforderlich machen, die vorliegenden Vertragsbedingungen anzupassen.
15.3 Die SWG werden den Kunden über eine Anpassung der Vertragsbedingungen mindestens einen Monat vor dem geplanten Wirksamwerden schriftlich informieren. Im Falle der elektronischen Vertragsabwicklung erhält der Kunde eine entsprechende E-Mail, die ihn mindestens einen Monat vor dem geplanten Wirksamwerden einer Anpassung der Vertragsbedingungeninformiert. Der Kunde ist in diesem Fall zur Kündigung des Vertrages in Textform ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt.
15.4 Macht der Kunde von seinem Kündigungsrecht nach Erhalt der Änderungsmitteilung bis zum Termin des geplanten Wirksamwerdens der neuen Vertragsbedingungen keinen Gebrauch, gelten die Änderungen der Vertragsbedingungen als genehmigt. Hierauf werden die SWG den Kunden bei Bekanntgabe der geplanten Anpassung der Vertrags¬bedingungen gesondert hinweisen.

16. Sonstige Vereinbarungen
16.1 Die Regelungen der §§ 40 bis 41g EnWG sowie die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Strom aus dem Niederspannungsnetz (Stromgrundversorgungsverordnung - StromGVV) und die Ergänzenden Bedingungen der SWG zu dieser Verordnung sind Bestandteil des Vertrages und gelten – mit Ausnahme von § 41g Abs. 4 EnWG sowie § 2 Absatz 3 Satz 1 Nr. 5, § 2 § 5 Absatz 2 und § 5a StromGVV, die hiermit abbedungen werden - ergänzend, sofern nicht etwas anderes innerhalb dieses Vertrages ausdrücklich vereinbart wurde.
16.2 Sollte eine einzelne Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt.
16.3 Die SWG und der Kunde werden die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine solche Bestimmung ersetzen, die ihr im wirtschaftlichen Ergebnis möglichst gleichkommt. Gleiches gilt sinngemäß für eine Lücke.

Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Elektrizität aus dem Niederspannungsnetz (Stromgrundversorgungsverordnung vom 26. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2391)), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 347) geändert worden ist

(Nicht amtlicher Text. Die amtliche Fassung enthält nach geltendem Recht nur die Papierausgabe des Bundesgesetzblattes)

Teil 1
Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

(1) Diese Verordnung regelt die Allgemeinen Bedingungen, zu denen Elektrizitätsversorgungsunternehmen Haushaltskunden in Niederspannung im Rahmen der Grundversorgung nach § 36 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes zu Allgemeinen Preisen mit Elektrizität zu beliefern haben. Die Bestimmungen dieser Verordnung sind Bestandteil des Grundversorgungsvertrages zwischen Grundversorgern und Haushaltskunden. Soweit die Messung mit einer Messeinrichtung nach § 2 Nummer 7 oder 15 des Messstellenbetriebsgesetzes erfolgt und nicht nach Satz 4 ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, beinhaltet der Grundversorgungsvertrag einen kombinierten Vertrag im Sinne des § 9 Absatz 2 des Messstellenbetriebsgesetzes, in dessen Rahmen der Grundversorger nach § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Messstellenbetriebsgesetzes den Messstellenvertrag mit dem Messstellenbetreiber abschließt. Anstelle eines kombinierten Vertrages nach Satz 3 hat der Grundversorger auf Verlangen des Kunden mit diesem einen Grundversorgungsvertrag ohne Einbeziehung des Messstellenbetriebs abzuschließen. Diese Verordnung regelt zugleich die Bedingungen für die Ersatzversorgung nach § 38 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes. Sie gilt für alle nach dem 12. Juli 2005 abgeschlossenen Versorgungsverträge, soweit diese nicht vor dem 8. November 2006 beendet worden sind.

(2) Kunden im Sinne dieser Verordnung sind der Haushaltskunde und im Rahmen der Ersatzversorgung der Letztverbraucher.

(3) Grundversorger im Sinne dieser Verordnung ist ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen, das nach § 36 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes in einem Netzgebiet die Grundversorgung mit Elektrizität durchführt.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Der Grundversorgungsvertrag soll in Textform abgeschlossen werden. Ist er auf andere Weise zustande gekommen, so hat der Grundversorger den Vertragsschluss dem Kunden unverzüglich in Textform zu bestätigen.

(2) Kommt der Grundversorgungsvertrag dadurch zustande, dass Elektrizität aus dem Elektrizitätsversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung entnommen wird, über das der Grundversorger die Grundversorgung durchführt, so ist der Kunde verpflichtet, dem Grundversorger die Entnahme von Elektrizität unverzüglich in Textform mitzuteilen. Die Mitteilungspflicht gilt auch, wenn die Belieferung des Kunden durch ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen endet und der Kunde kein anschließendes Lieferverhältnis mit einem anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmen begründet hat.

(3) Ein Grundversorgungsvertrag oder die Bestätigung des Vertrages muss alle für einen Vertragsschluss notwendigen Angaben enthalten, insbesondere auch:

1. Angaben zum Kunden (Firma, Registergericht und Registernummer oder Familienname und Vorname sowie Adresse und Kundennummer),
2. Angaben über die belieferte Verbrauchsstelle einschließlich der zur Bezeichnung der Entnahmestelle verwendeten Identifikationsnummer,
3. Angaben zum Grundversorger (Firma, Registergericht, Registernummer und Adresse),
4. Angaben zum Netzbetreiber, in dessen Netzgebiet die Grundversorgung durchgeführt wird (Firma, Registergericht, Registernummer und Adresse) und zum Messstellenbetreiber sowie
5. Angaben zu den Allgemeinen Preisen nach § 36 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes, wobei folgende Belastungen, soweit sie Kalkulationsbestandteil der geltenden Allgemeinen Preise sind, gesondert auszuweisen sind:
   a) die Stromsteuer nach § 3 des Stromsteuergesetzes vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 378; 2000 I S. 147) in der jeweils geltenden Fassung,
   b) die Konzessionsabgabe nach Maßgabe des § 4 Absatz 1 und 2 der Konzessionsabgabenverordnung vom 9. Januar 1992 (BGBl. I S. 12, 407), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477) geändert worden ist,
   c) jeweils gesondert die Umlagen und Aufschläge nach § 12 Absatz 1 des Energiefinanzierungsgesetzes, § 19 Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung und § 18 der Verordnung zu abschaltbaren Lasten vom 28. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2998) in der jeweils geltenden Fassung,
   d) jeweils gesondert die Netzentgelte und, soweit sie nach § 1 Absatz 1 Satz 3 Gegenstand des Grundversorgungsvertrages sind, die Entgelte des Messstellenbetreibers oder die Entgelte der Betreiber von Energieversorgungsnetzen für den Messstellenbetrieb und die Messung.

Wenn dem Grundversorger die Angaben nach Satz 1 Nummer 1 nicht vorliegen, ist der Kunde verpflichtet, sie dem Grundversorger auf Anforderung mitzuteilen. Zusätzlich zu den Angaben nach Satz 1 Nummer 5 hat der Grundversorger den auf die Grundversorgung entfallenden Kostenanteil anzugeben, der sich rechnerisch nach Abzug der Umsatzsteuer und der Belastungen nach Satz 1 Nummer 5 von dem Allgemeinen Preis ergibt, und diesen Kostenanteil getrennt zu benennen. Der Grundversorger hat die jeweiligen Belastungen nach Satz 1 Nummer 5 sowie die Angaben nach Satz 3 in ihrer jeweiligen Höhe mit der Veröffentlichung der Allgemeinen Preise nach § 36 Absatz 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes auf seiner Internetseite zu veröffentlichen. Auf die Veröffentlichung der jeweiligen Höhe der in Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c genannten Belastungen auf einer Informationsplattform der deutschen Übertragungsnetzbetreiber hat der Grundversorger ergänzend hinzuweisen.

Zusätzlich ist in dem Vertrag oder der Vertragsbestätigung hinzuweisen auf

1. die Allgemeinen Bedingungen der Grundversorgung und auf diese ergänzende Bedingungen,
2. den Zeitraum der Abrechnungen,
3. die Möglichkeit des Kunden, Ansprüche wegen Versorgungsstörungen gegen den Netzbetreiber nach § 6 Absatz 3 Satz 1 geltend zu machen,
4. Informationen über die Rechte der Kunden im Hinblick auf Verbraucherbeschwerden und Streitbeilegungsverfahren, die ihnen im Streitfall zur Verfügung stehen, einschließlich der für Verbraucherbeschwerden nach § 111b Absatz 1 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes eingerichteten Schlichtungsstelle mit deren Anschrift und Webseite, und Informationen über die Verpflichtung des Grundversorgers zur Teilnahme am Schlichtungsverfahren,
5. die Kontaktdaten des Verbraucherservice der Bundesnetzagentur für den Bereich Elektrizität und Gas sowie
6. ein Muster der nach §41g Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes durch den Grundversorger anzubietenden Abwendungsvereinbarung.

Die Hinweise nach Satz 6 Nummer 4 und 5 sowie das Muster der Abwendungsvereinbarung des Grundversorgers nach Satz 6 Nummer 6 hat der Grundversorger auch auf seiner Internetseite zu veröffentlichen. Der Grundversorger hat das Muster der Abwendungsvereinbarung nach Satz 6 Nummer 6 dem Kunden auf dessen Verlangen postalisch zu übersenden. § 41 Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes bleibt unberührt.

(4) Der Grundversorger ist verpflichtet, jedem Neukunden rechtzeitig vor Vertragsschluss und in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 mit der Bestätigung des Vertragsschlusses sowie auf Verlangen den übrigen Kunden die Allgemeinen Bedingungen unentgeltlich auszuhändigen. Satz 1 gilt entsprechend für die ergänzenden Bedingungen; diese hat der Grundversorger öffentlich bekannt zu geben und auf seiner Internetseite zu veröffentlichen.

(5) Der Abschluss eines Grundversorgungsvertrages darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass Zahlungsrückstände eines vorherigen Anschlussnutzers beglichen werden.

§ 3 Ersatzversorgung

(1) Für die Ersatzversorgung nach § 38 des Energiewirtschaftsgesetzes gelten § 2 Absatz 3 Satz 4, die §§ 4, 5 Absatz 1, die §§ 5a bis 8, 10 bis 19 und 22 sowie für die Beendigung der Ersatzversorgung nach § 38 Absatz 4 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes § 20 Absatz 3 entsprechend; § 11 Absatz 2 gilt mit der Maßgabe, dass der Grundversorger den Energieverbrauch auf Grund einer rechnerischen Abgrenzung schätzen und den anteiligen Verbrauch in Rechnung stellen darf.

(2) Der Grundversorger hat dem Kunden unverzüglich nach Kenntnisnahme den Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Ersatzversorgung in Textform mitzuteilen. Dabei hat er ebenfalls mitzuteilen, dass spätestens nach dem Ende der Ersatzversorgung zur Fortsetzung des Elektrizitätsbezugs der Abschluss eines Bezugsvertrages durch den Kunden erforderlich ist; auf § 2 Absatz 2 ist hinzuweisen.

Teil 2
Versorgung

§ 4 Bedarfsdeckung

Der Kunde ist für die Dauer des Grundversorgungsvertrages verpflichtet, seinen gesamten leitungsgebundenen Elektrizitätsbedarf aus den Elektrizitätslieferungen des Grundversorgers zu decken. Ausgenommen ist die Bedarfsdeckung durch Eigenanlagen der Kraft-Wärme-Kopplung bis 50 Kilowatt elektrischer Leistung und aus Erneuerbaren Energien; ferner durch Eigenanlagen, die ausschließlich der Sicherstellung des Elektrizitätsbedarfs bei Aussetzen der Grundversorgung dienen (Notstromaggregate). Notstromaggregate dürfen außerhalb ihrer eigentlichen Bestimmungen nicht mehr als 15 Stunden monatlich zur Erprobung betrieben werden.

§ 5 Art der Versorgung; Änderungen der Allgemeinen Preise und ergänzenden Bedingungen

(1) Welche Stromart (Drehstrom oder Wechselstrom) und Spannungsart für das Vertragsverhältnis maßgebend sein sollen, ergibt sich aus der Stromart und Spannung des jeweiligen Elektrizitätsversorgungsnetzes der allgemeinen Versorgung, an das die Anlage, über die der Kunde Strom entnimmt, angeschlossen ist.

(2) Änderungen der Allgemeinen Preise und der ergänzenden Bedingungen werden jeweils zum Monatsbeginn und erst nach öffentlicher Bekanntgabe wirksam, die mindestens sechs Wochen vor der beabsichtigten Änderung erfolgen muss. Der Grundversorger ist verpflichtet, zu den beabsichtigten Änderungen zeitgleich mit der öffentlichen Bekanntgabe eine briefliche Mitteilung an den Kunden zu versenden und die Änderungen auf seiner Internetseite zu veröffentlichen; hierbei hat er den Umfang, den Anlass und die Voraussetzungen der Änderung sowie den Hinweis auf die Rechte des Kunden nach Absatz 3 und die Angaben nach § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 und Satz 3 in übersichtlicher Form anzugeben.

(3) Im Fall einer Änderung der Allgemeinen Preise oder ergänzenden Bedingungen hat der Kunde das Recht, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen zu kündigen.

Änderungen der Allgemeinen Preise und der ergänzenden Bedingungen werden gegenüber demjenigen Kunden nicht wirksam, der bei einer Kündigung des Vertrages mit dem Grundversorger die Einleitung eines Wechsels des Versorgers durch entsprechenden Vertragsschluss innerhalb eines Monats nach Zugang der Kündigung nachweist.

§ 5a Kalkulatorische Neuermittlung bei Änderungen staatlich gesetzter oder regulierter Belastungen

(1) Bei Änderungen der Belastungen nach § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5, die in die Kalkulation des Allgemeinen Preises eingeflossen sind, ist der Grundversorger unter Beachtung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen berechtigt, die Allgemeinen Preise jederzeit neu zu ermitteln und dabei die Änderung in das Ergebnis der Kalkulation einfließen zu lassen. Sinkt der Saldo der Belastungen nach § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe a bis c, ist der Grundversorger abweichend von Satz 1 verpflichtet, die Allgemeinen Preise unverzüglich neu zu ermitteln und dabei den gesunkenen Saldo in das Ergebnis der Kalkulation einfließen zu lassen. Die Verpflichtung zur Neuermittlung nach Satz 2 entsteht in dem Zeitraum vom 15. Oktober bis 31. Dezember eines Jahres erst, wenn alle von Satz 1 erfassten Belastungen für das Folgejahr feststehen.

(2) Sonstige Rechte und Verpflichtungen zur Neukalkulation und die Rechte und Verpflichtungen in Bezug auf Änderungen der Allgemeinen Preise sowie die Pflichten des Grundversorgers nach § 5 Absatz 2 und die Rechte des Kunden nach § 5 Absatz 3 bleiben unberührt.

§ 6 Umfang der Grundversorgung

(1) Der Grundversorger ist im Interesse des Kunden verpflichtet, die für die Durchführung der Grundversorgung erforderlichen Verträge mit Netzbetreibern und, soweit nicht nach § 1 Absatz 1 Satz 3 etwas anderes vereinbart ist, mit Messstellenbetreibern abzuschließen. Er hat die ihm möglichen Maßnahmen zu treffen, um dem Kunden am Ende des Netzanschlusses, zu dessen Nutzung der Kunde nach der Niederspannungsanschlussverordnung berechtigt ist, zu den jeweiligen Allgemeinen Preisen und Bedingungen Elektrizität zur Verfügung zu stellen. Die Elektrizität wird im Rahmen der Grundversorgung für die Zwecke des Letztverbrauchs geliefert.

(2) Der Grundversorger ist verpflichtet, den Elektrizitätsbedarf des Kunden im Rahmen des § 36 des Energiewirtschaftsgesetzes zu befriedigen und für die Dauer des Grundversorgungsvertrages im vertraglich vorgesehenen Umfang nach Maßgabe des Absatzes 1 jederzeit Elektrizität zur Verfügung zu stellen. Dies gilt nicht,

1. soweit die Allgemeinen Preise oder Allgemeinen Bedingungen zeitliche Beschränkungen vorsehen,
2. soweit und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und die Anschlussnutzung nach § 17 der Niederspannungsanschlussverordnung oder § 24 Absatz 1, 2 und 5 der Niederspannungsanschlussverordnung unterbrochen hat oder
3. soweit und solange der Grundversorger an der Erzeugung, dem Bezug oder der vertragsgemäßen Lieferung von Elektrizität durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm nicht möglich ist oder im Sinne des § 36 Absatz 1 Satz 3 des Energiewirtschaftsgesetzes wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.

(3) Bei einer Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Elektrizitätsversorgung ist, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebs einschließlich des Netzanschlusses oder einer Störung des Messstellenbetriebes handelt, der Grundversorger von der Leistungspflicht befreit. Satz 1 gilt nicht, soweit die Unterbrechung auf nicht berechtigten Maßnahmen des Grundversorgers nach § 19 beruht. Der Grundversorger ist verpflichtet, seinen Kunden auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch den Netzbetreiber oder den Messstellenbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

§ 7 Erweiterung und Änderung von Anlagen und Verbrauchsgeräten; Mitteilungspflichten

Erweiterungen und Änderungen von Kundenanlagen sowie die Verwendung zusätzlicher Verbrauchsgeräte sind dem Grundversorger mitzuteilen, soweit sich dadurch preisliche Bemessungsgrößen ändern. Nähere Einzelheiten über den Inhalt der Mitteilung kann der Grundversorger in ergänzenden Bedingungen regeln.

Teil 3
Aufgaben und Rechte des Grundversorgers

§ 8 Messeinrichtungen

(1) Die vom Grundversorger gelieferte Elektrizität wird durch die Messeinrichtungen nach den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes festgestellt.

(2) Der Grundversorger ist verpflichtet, auf Verlangen des Kunden jederzeit eine Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 40 Absatz 3 des Mess- und Eichgesetzes beim Messstellenbetreiber zu veranlassen. Stellt der Kunde den Antrag auf Prüfung nicht bei dem Grundversorger, so hat er diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten der Prüfung fallen dem Grundversorger zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Kunden. Der Grundversorger darf die Prüfung nicht von einer Vorleistung oder Sicherheitsleistung abhängig machen, wenn der Kunde Umstände darlegt, die Zweifel an der ordnungsgemäßen Funktion der Messeinrichtung begründen.

§ 9 Zutrittsrecht

Der Kunde hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Netzbetreibers, des Messstellenbetreibers oder des Grundversorgers den Zutritt zu seinem Grundstück und zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung der Messeinrichtungen nach § 11 erforderlich ist. Die Benachrichtigung kann durch Mitteilung an die jeweiligen Kunden oder durch Aushang am oder im jeweiligen Haus erfolgen. Sie muss mindestens eine Woche vor dem Betretungstermin erfolgen; mindestens ein Ersatztermin ist anzubieten. Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen zugänglich sind.

§ 10 Vertragsstrafe

(1) Verbraucht der Kunde Elektrizität unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen oder nach Unterbrechung der Grundversorgung, so ist der Grundversorger berechtigt, eine Vertragsstrafe zu verlangen. Diese ist für die Dauer des unbefugten Gebrauchs, längstens aber für sechs Monate auf der Grundlage einer täglichen Nutzung der unbefugt verwendeten Verbrauchsgeräte von bis zu zehn Stunden nach dem für den Kunden geltenden Allgemeinen Preis zu berechnen.

(2) Eine Vertragsstrafe kann auch verlangt werden, wenn der Kunde vorsätzlich oder grob fahrlässig die Verpflichtung verletzt, die zur Preisbildung erforderlichen Angaben zu machen. Die Vertragsstrafe beträgt das Zweifache des Betrages, den der

Kunde bei Erfüllung seiner Verpflichtung nach dem für ihn geltenden Allgemeinen Preis zusätzlich zu zahlen gehabt hätte. Sie darf längstens für einen Zeitraum von sechs Monaten verlangt werden.
(3) Ist die Dauer des unbefugten Gebrauchs oder der Beginn der Mitteilungspflicht nicht festzustellen, so kann die Vertragsstrafe in entsprechender Anwendung der Absätze 1 und 2 für einen geschätzten Zeitraum, der längstens sechs Monate betragen darf, erhoben werden.

Teil 4
Abrechnung der Energielieferung

§ 11 Verbrauchsermittlung
(1) Für die Ermittlung des Verbrauchs für Zwecke der Abrechnung ist § 40a des Energiewirtschaftsgesetzes anzuwenden.
(2) Der Grundversorger kann den Verbrauch nach Absatz 1 auch ermitteln, wenn dies
1. zum Zwecke einer Abrechnung nach § 12 Absatz 1,
2. anlässlich eines Lieferantenwechsels oder
3. bei einem berechtigten Interesse des Grundversorgers an einer Überprüfung der Ablesung erfolgt.

(3) (weggefallen)

§ 12 Abrechnung
(1) Der Elektrizitätsverbrauch wird nach Maßgabe des § 40b Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes abgerechnet.
(2) Ändern sich innerhalb eines Abrechnungszeitraums die verbrauchsabhängigen Preise, so wird der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet; jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen sind auf der Grundlage der für Haushaltskunden maßgeblichen Erfahrungswerte angemessen zu berücksichtigen.
Entsprechendes gilt bei Änderung des Umsatzsteuersatzes und erlösabhängiger Abgabensätze.
(3) Im Falle einer Belieferung nach § 2 Absatz 2 ist entsprechend Absatz 2 Satz 1 eine pauschale zeitanteilige Berechnung des Verbrauchs zulässig, es sei denn, der Kunde kann einen geringeren als den von dem Grundversorger angesetzten Verbrauch nachweisen.

§ 13 Abschlagszahlungen
(1) Wird der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet, so kann der Grundversorger für die nach der letzten Abrechnung verbrauchte Elektrizität eine Abschlagszahlung verlangen. Diese ist anteilig für den Zeitraum der Abschlagszahlung entsprechend dem Verbrauch im zuletzt abgerechneten Zeitraum zu berechnen. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, so bemisst sich die Abschlagszahlung nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen.
(2) Ändern sich die Allgemeinen Preise, so können die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen mit dem Vomhundertsatz der Preisänderung entsprechend angepasst werden.
(3) Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen. Nach Beendigung des Versorgungsverhältnisses sind zu viel gezahlte Abschläge unverzüglich zu erstatten.

§ 14 Vorauszahlungen
(1) Der Grundversorger ist berechtigt, für den Elektrizitätsverbrauch eines Abrechnungszeitraums Vorauszahlung zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles Grund zu der Annahme besteht, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Bei Verlangen einer Vorauszahlung ist der Kunde hierüber ausdrücklich und in verständlicher Form zu unterrichten. Hierbei sind mindestens der Beginn, die Höhe und die Gründe der Vorauszahlung sowie die Voraussetzungen für ihren Wegfall anzugeben.
(2) Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Erstreckt sich der Abrechnungszeitraum über mehrere Monate und erhebt der Grundversorger Abschlagszahlungen, so kann er die Vorauszahlung nur in ebenso vielen Teilbeträgen verlangen. Die Vorauszahlung ist bei der nächsten Rechnungserteilung zu verrechnen.
(3) Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Grundversorger beim Kunden einen Bargeld- oder Chipkartenzähler oder sonstige vergleichbare Vorauszahlungssysteme einrichten. Die Anforderungen an Vorauszahlungssysteme nach § 41 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Energiewirtschaftsgesetzes sind zu beachten.

§ 15 Sicherheitsleistung
(1) Ist der Kunde zur Vorauszahlung nach § 14 nicht bereit oder nicht in der Lage, kann der Grundversorger in angemessener Höhe Sicherheit verlangen.
(2) Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verzinst.
(3) Ist der Kunde in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Grundversorgungsverhältnis nach, so kann der Grundversorger die Sicherheit verwerten. Hierauf ist in der Zahlungsaufforderung hinzuweisen. Kursverluste beim Verkauf von Wertpapieren gehen zu Lasten des Kunden.
(4) Die Sicherheit ist unverzüglich zurückzugeben, wenn keine Vorauszahlung mehr verlangt werden kann.

§ 16 Rechnungen und Abschläge
(1) Vordrucke für Rechnungen und Abschläge müssen einfach verständlich sein. Für Rechnungen und Abschläge ist § 40 Absatz 1 bis 4 des Energiewirtschaftsgesetzes maßgeblich.
(2) Der Grundversorger hat in den ergänzenden Bedingungen mindestens zwei mögliche Zahlungsweisen anzugeben. Für die anzugebenden Zahlungsweisen ist § 41 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Energiewirtschaftsgesetzes anzuwenden.

§ 17 Zahlung, Verzug
(1) Rechnungen und Abschläge werden zu dem vom Grundversorger angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig. Einwände gegen Rechnungen und Abschlagsberechnungen berechtigen gegenüber dem Grundversorger zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur,
1. soweit die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht oder
2. sofern
   a) der in einer Rechnung angegebene Verbrauch ohne ersichtlichen Grund mehr als doppelt so hoch wie der vergleichbare Verbrauch im vorherigen Abrechnungszeitraum ist und
   b) der Kunde eine Nachprüfung der Messeinrichtung verlangt und solange durch die Nachprüfung nicht die ordnungsgemäße Funktion des Messgeräts festgestellt ist.

§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bleibt von Satz 2 unberührt.
(2) Bei Zahlungsverzug des Kunden kann der Grundversorger, wenn er erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten für strukturell vergleichbare Fälle pauschal berechnen; die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen.
(3) Gegen Ansprüche des Grundversorgers kann vom Kunden nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.

§ 18 Berechnungsfehler
(1) Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so ist die Überzahlung vom Grundversorger zurückzuzahlen oder der Fehlbetrag vom Kunden nachzuentrichten. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Grundversorger den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ablesezeitraums oder auf Grund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung; die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Bei Berechnungsfehlern auf Grund einer nicht ordnungsgemäßen Funktion einer Messeinrichtung ist der vom Messstellenbetreiber ermittelte und dem Kunden mitgeteilte korrigierte Verbrauch der Nachberechnung zu Grunde zu legen.
(2) Ansprüche nach Absatz 1 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

Teil 5
Beendigung des Grundversorgungsverhältnisses

§ 19 Unterbrechung der Versorgung in besonderen Fällen
Der Grundversorger ist berechtigt, die Grundversorgung ohne vorherige Androhung durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn der Kunde dieser Verordnung in nicht unerheblichem Maße schuldhaft zuwiderhandelt und die Unterbrechung erforderlich ist, um den Gebrauch von elektrischer Arbeit unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern. Die §§ 41f und 41g des Energiewirtschaftsgesetzes über die Unterbrechung der Versorgung bei Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung bleiben unberührt.

§ 20 Kündigung
(1) Der Grundversorgungsvertrag kann mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden. Eine Kündigung durch den Grundversorger ist nur möglich, soweit eine Pflicht zur Grundversorgung nach § 36 Absatz 1 Satz 4 des Energiewirtschaftsgesetzes nicht besteht.
(2) Die Kündigung bedarf der Textform. Der Grundversorger hat eine Kündigung des Kunden unverzüglich nach Eingang unter Angabe des Vertragsendes in Textform zu bestätigen.
(3) Der Grundversorger darf keine gesonderten Entgelte für den Fall einer Kündigung des Vertrages, insbesondere wegen eines Wechsels des Lieferanten, verlangen.

§ 21 Fristlose Kündigung
Der Grundversorger ist in den Fällen des § 19 berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen, wenn die Voraussetzungen zur Unterbrechung der Grundversorgung wiederholt vorliegen. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach § 41f Absatz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes ist der Grundversorger zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn sie zwei Wochen vorher angedroht wurde; dabei ist § 41f Absatz 1 Satz 2 und 3, Absatz 2 und 3 des Energiewirtschaftsgesetzes entsprechend anzuwenden.

Teil 6
Schlussbestimmungen

§ 22 Gerichtsstand
Gerichtsstand für die beiderseitigen Verpflichtungen aus dem Grundversorgungsvertrag ist der Ort der Elektrizitätsabnahme durch den Kunden.

§ 23 (weggefallen)

Ergänzende Bedingungen der Stadtwerke Gießen AG zu der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung mit Elektrizität aus dem Niederspannungsnetz bzw. mit Gas aus dem Niederdrucknetz (Strom /Gasgrundversorgungsverordnung - StromGVV/GasGVV)

Zusätzlich zu den Allgemeinen Bedingungen der StromGVV und der GasGVV sowie den bekannt gemachten Grund- und Ersatzversorgungspreisen gelten die nachstehenden Ergänzenden Bedingungen der Stadtwerke Gießen AG (im Folgenden kurz SWG genannt).

1. Zahlungsweise (§ 16 Abs. 2 StromGVV/GasGVV)
Der Kunde ist berechtigt, fällige Zahlungen wahlweise wie folgt zu leisten:
(a) Lastschrifteinzugsverfahren
Die Erteilung einer Lastschrifteinzugsermächtigung an die SWG kann schriftlich oder per E-Mail erfolgen und jederzeit in gleicher Weise oder durch Anruf in unserem Call-Center widerrufen werden.
Im Falle von Rücklastschriften werden die von den Geldinstituten jeweils erhobenen Beträge und die unter 2(e) genannten Pauschalen in Rechnung gestellt.
(b) Banküberweisung
Überweisungen haben auf eines der angegebenen Geschäftskonten der SWG unter Angabe der Kundennummer zu erfolgen. Die Überweisung ist rechtzeitig erfolgt, wenn der Zahlbetrag dem Konto am Fälligkeitstermin gutgeschrieben ist.
(c) Barzahlung
Innerhalb der Geschäftszeiten können kostenlose Barzahlungen an unserem Geschäftssitz in der Lahnstraße 31 in Gießen oder im SWG-Kundenzentrum, Marktplatz 15 in Gießen geleistet werden.

2. Zahlungsverzug (§ 17 Abs. 2 StromGVV/GasGVV)
Die SWG berechnen folgende Pauschalen:
(a) für jede schriftliche Mahnung nach Verzugseintritt
3,00 €[1]
(b) für die schriftliche Sperrankündigung gem. § 19 Abs. 3 Strom GVV/GasGVV
6,00 €[1]
(c) für jeden Einsatz eines Beauftragten zum Einzug einer Forderung
- während der üblichen Arbeitszeit (Montag bis Freitag 8:00 bis 17:00 Uhr)
47,00 €[1]
- außerhalb der üblichen Arbeitszeit auf Veranlassung des Kunden
94,00 €[1]
(d) für eine Ratenzahlungsvereinbarung
15,47 €[2]
(e) für eine Rücklastschrift
3,00 €[1]

3. Kosten für zusätzliche Abrechnungsdienstleistungen
Für die auf Wunsch des Kunden erfolgende Erstellung einer zusätzlichen Rechnung neben der jährlichen Turnusrechnung wird folgende Pauschale erhoben:

7,14 €[2]/Abrechnung
zuzüglich der Kosten des jeweiligen Netzbetreibers

4. Unterbrechung und Wiederherstellung der Versorgung (§ 19 Abs. 7 StromGVV/ GasGVV)
Bei Unterbrechung und Wiederherstellung der Versorgung werden folgende Pauschalen berechnet:
(a) Unterbrechung der Versorgung
59,00 €[1]
(b) Wiederherstellung der Versorgung
- während der üblichen Arbeitszeit (Montag bis Freitag 08:00 bis 17:00 Uhr)
70,21 €[2]
- außerhalb der üblichen Arbeitszeit
140,42 €[2]

5. Inkrafttreten (§ 5 StromGVV/GasGVV)
Die Ergänzenden Bedingungen treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

[1] Die genannten Beträge sind umsatzsteuerfrei
[2] Bruttopreise inkl. gesetzlicher Umsatzsteuer (z. Zt. 19 %)

Datenschutzhinweise Energielieferung der Stadtwerke Gießen AG

1. Allgemeines

Die Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sieht u.a. Informationspflichten bei der Erhebung personenbezogener Daten (alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen) vor. Beim Abschluss und der Erfüllung von Verträgen werden häufig nicht nur Daten unseres Vertragspartners selbst erhoben, sondern ggf. auch von Mitarbeitern, Dienstleistern, Erfüllungsgehilfen, Mitbewohnern oder Angehörigen, etwa im Rahmen der Benennung als Ansprechpartner. Gerne möchten wir Sie daher als unser Vertragspartner oder dessen Mitarbeiter, Dienstleister oder Erfüllungsgehilfe über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihre Rechte aus der DS-GVO informieren. Diese Information gilt nicht für die Verarbeitung von Daten, die keinen Personenbezug aufweisen.

2. Verantwortliche Stelle

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sind die Stadtwerke Gießen AG, Lahnstraße 31, 35398 Gießen, Telefon: 0800 23 02 100 (kostenfrei aus dem dt. Festnetz und allen dt. Mobilfunknetzen), E-Mail: info@stadtwerke-giessen.de.
Unsere/n Datenschutzbeauftragte/n erreichen Sie wie folgt:
Stadtwerke Gießen AG, Datenschutzbeauftragter, Lahnstraße 31, 35398 Gießen
E-Mail: datenschutz@stadtwerke-giessen.de

3. Kategorien von personenbezogenen Daten sowie Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

3.1. Kategorien personenbezogener Daten

Daten unserer Vertragspartner

a. Identifikations- und Kontaktdaten (z.B. Familien- und Vorname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Mobilfunknummer, ggf. abweichende Korrespondenzempfänger, ggf. Firma, ggf. Registergericht und -nummer, ggf. ILN/ BDEW-Codenummer),
b. Vertragsdaten (z.B. Kundennummer, Zählernummer, Angaben zum Vertragszeitraum, Messlokations-ID, Marktlokations-ID),
c. Abrechnungsdaten (Verbrauchsdaten, Zählerstände)
d. Bankverbindungsdaten und
e. Daten zum Zahlungsverhalten
f. Hinweise zu Werbeverweigerer.

Daten von Mitarbeitern, Dienstleistern oder Erfüllungsgehilfen unseres Vertragspartners

a. Kontaktdaten (z.B. Familien- und Vorname, E-Mail-Adresse, Telefonnummer) und
b. Berufs- oder Funktionsbezeichnung (z.B. Dipl.-Ing., Geschäftsführer)

3.2. Datenverarbeitung zur Vertragserfüllung und -durchführung (Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO)

Wir, die Stadtwerke Gießen AG, oder von uns beauftragte Dienstleister verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung des Vertrags mit Ihnen. Dies umfasst die Vertragsanbahnung, -durchführung und -abrechnung sowie die Kommunikation mit dem Kunden und Abwicklung des Liefervertrages. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme der Dienste von Netz- und Messstellenbetreibern zur Durchleitung der Energie und deren Messung sowie zur Ablesung von Zählern.
Grundlage der Entscheidung über die Begründung, Durchführung oder Beendigung eines Liefervertrages im Rahmen von Sonderkundenverträgen, ist die Verarbeitung von Wahrscheinlichkeitswerten für das zukünftige Zahlungsverhalten (sog. Bonitäts-Scoring). In die Berechnung der Wahrscheinlichkeitswerte fließen unter anderem die Anschriftendaten des Kunden ein.

3.3. Datenverarbeitung aus berechtigtem Interesse (Art. 6 Abs. 1 f DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre Daten in zulässiger Weise zur Wahrung unserer berechtigten Interessen. Das umfasst die Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten auch, um

a. Ihnen Produktinformationen über Energieprodukte (z.B. Energieerzeugung, -belieferung, Energieeffizienz, Elektromobilität und sonstige energienahe Leistungen und Services) zukommen zu lassen.
b. Maßnahmen zur Verbesserung und Entwicklung von Services und Produkten durchzuführen, um Ihnen eine kundenindividuelle Ansprache mit maßgeschneiderten Angeboten und Produkten anbieten zu können.
c. Markt- und Meinungsforschung durchzuführen bzw. von Markt- und Meinungsforschungsinstituten durchführen zu lassen. Dadurch verschaffen wir uns einen Überblick über Transparenz und Qualität unserer Produkte, Dienstleistungen und Kommunikation und können diese im Sinne unserer Kunden ausrichten bzw. gestalten.
d. in Konsultation und Datenaustausch mit Auskunfteien (z.B. Schufa, Creditreform) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Zahlungsausfallrisiken zu treten, insbesondere bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 31 BDSG (Schutz des Wirtschaftsverkehrs bei Scoring und Bonitätsauskünften).
e. Rechtliche Ansprüche geltend zu machen und zur Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten.
f. Straftaten aufzuklären oder zu verhindern (z.B. Strom- oder Gasdiebstahl).
g. Adressermittlung durchzuführen (z.B. bei Umzügen).
h. Ihre Daten anonymisiert zu Analysezwecken zu verwenden.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen zuvor nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber zuvor informieren.

3.4. Datenverarbeitung aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs.1 a DS-GVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke erteilt haben, ist die Verarbeitung durch uns auf dieser Basis rechtmäßig. Eine erteilte Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen. Das gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die Sie uns vor der Geltung der DS-GVO am 25. Mai 2018 erteilt haben. Der Widerruf der Einwilligung erfolgt für die Zukunft und berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

3.5. Datenverarbeitung aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DS-GVO) oder im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DS-GVO)

Als Unternehmen unterliegen wir diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. Messstellenbetriebsgesetz, Steuergesetze, Handelsgesetzbuch), die eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Gesetzeserfüllung erforderlich machen.

4. Empfänger von Daten und Datenquellen

4.1. Kategorie von Empfängern von Daten

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke brauchen (siehe Punkt 3.). Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Diese werden sorgfältig ausgewählt und den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Datenschutzvereinbarungen abgeschlossen. Sofern Dienstleister nicht im Rahmen einer Auftragsverarbeitung für uns tätig sind, übermitteln wir Ihre personenbezogenen Daten nur an Dritte, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist, beispielsweise da die Leistung Dritter zum Zweck der optimierten Vertragserfüllung notwendig ist, oder Sie zuvor eingewilligt haben. Vor jedweder Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt eine ausführliche Interessenabwägung. Dies bedeutet, dass unser berechtigtes Interesse z.B. an einer Analyse zur Akzeptanz unserer Produkte gegen Ihre Interessen an einem verantwortungsvollen Umgang mit Ihren Daten abgewogen wird.
Empfänger personenbezogener Daten können sein:

a. Konzernunternehmen zur Durchführung Ihres Vertrags und für das Berichtswesen
b. Netzbetreiber, Messstellenbetreiber und –dienstleister für Belieferung und Abrechnung. Dies gilt auch für wirtschaftlich sensible Informationen im Sinne des § 6a EnWG
c. Versand- und Druckdienstleister
d. Vertriebspartner für den Online-Vertragsabschluss
e. Inkassodienstleister und Rechtsanwälte, um Forderungen einzuziehen
f. IT-Dienstleister zur Aufrechterhaltung unserer IT-Infrastruktur
g. Internetdienstleister und Internetagenturen
h. Callcenter-Dienstleister
i. Reinigungsunternehmen
j. Markt- und Meinungsforschungsinstitute
k. öffentliche Stellen in begründeten Fällen (Sozialversicherungsträger, Finanz- und Steuerbehörden, Polizei und Ermittlungsbehörden, Meldestellen)
l. Anwälte und Auditoren
m. Gesetzliche Betreuer und Personen, für die eine Vollmacht besteht
n. Versicherungen
o. Banken und Kreditinstitute für Abrechnungen und Abwicklung von Zahlungen
p. Auskunfteien und Scoring-Anbieter für Bonitätsauskünfte und Beurteilung des Kreditrisikos
q. Marktpartner im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Marktkommunikation (z.B. Marktgebietsverantwortliche wie THE – Trading Hub Europe)
r. Ingenieurbüros, Tiefbauunternehmen, ausgewählte Fachbetriebe und Handwerker (z.B.im Rahmen von Energiedienstleistungen, Contracting)

4.2. Bonitätsprüfung und Scoring

Wir behalten uns vor, zum Zweck der Entscheidung über die Begründung, Durchführung oder Beendigung eines Vertrages sowie zur Reduzierung des Risikos von Zahlungsausfällen über Auskunfteien Daten über Ihre Bonität zu erheben. Dies betrifft insbesondere Sondervertragskunden. Dafür greifen wir auf Datenbestände

a. der SCHUFA Holding AG (Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden)
b. des Verbands der Creditreform e.V. (Hellersbergstraße 12, 41460 Neuss)
c. der CRIF Bürgel GMBH (Radlkoferstraße 2, 81373 München)

zurück und übermitteln ggf. personenbezogene Daten an diese. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DS-GVO. Übermittlungen auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f DS-GVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Stadtwerke Gießen AG oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA und anderen Auskunfteien dient der Absicherung unserer berechtigten wirtschaftlichen Interessen an der Vermeidung von Zahlungsausfällen im Rahmen der Vertragsanbahnung und -durchführung.
Nähere Informationen zu den Tätigkeiten und den Umgang mit personenbezogenen Daten der oben genannten Auskunfteien finden Sie unter www.schufa.de/datenschutz; www.creditreform.de/navigations/content-footer/datenschutzerklaerung sowie www.crifbuergel.de/datenschutz. Die Stadtwerke Gießen AG behalten sich vor, anstelle der genannten Wirtschaftsauskunfteien nach sorgfältiger Auswahl auch andere Wirtschaftsauskunfteien einzusetzen. Informationen zu den von Ihnen gespeicherten Daten erhalten Sie direkt von der Auskunftei.

4.3. Datenübermittlung in ein Drittland

Datenübermittlungen, insbesondere im Wege von Administrationszugriffen, in Länder außerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (sog. Drittländer) ist auf der Grundlage der genannten Zwecke und Rechtsgrundlagen möglich. Ein Datenzugriff erfolgt in diesen Fällen ebenfalls nur, wenn entweder für das jeweilige Land ein Angemessenheitsbeschluss der Kommission existiert, wir mit den Dienstleistern, die von der EU-Kommission für diese Fälle vorgesehenen Standardvertragsklauseln vereinbart haben oder das jeweilige Unternehmen eigene interne verbindliche Datenschutzvorschriften aufgestellt hat, welche von den Datenschutzaufsichtsbehörden anerkannt worden sind. (https://ec.europa.eu/info/law/law-topic/data-protection_de).

4.4. Datenquellen

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung von unseren Kunden erhalten. Soweit es für die Erbringung unserer Dienstleistung erforderlich ist, verarbeiten wir auch personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Presse, Internet) zulässigerweise gewinnen dürfen. Außerdem nutzen wir personenbezogene Daten, die wir zulässigerweise von Unternehmen innerhalb unseres Konzerns oder von Dritten (z.B. im Rahmen der energiewirtschaftlichen Marktprozesse von anderen Energiemarktteilnehmern, Auskunfteien, Adressdienstleister, Vermieter, Vormieter, Handwerker, Post oder Einwohnermeldeämter im Falle von Postrückläufern, Handelsvertreter, Behörden) erhalten.

5. Bereitstellungspflicht der personenbezogenen Daten und Folgen der Nichtbereitstellung

Im Rahmen des Vertragsverhältnisses hat unser Vertragspartner diejenigen personenbezogenen Daten bereitzustellen, die für den Abschluss und die Durchführung des Vertragsverhältnisses und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind. Dazu gehören der Natur der Sache nach auch Kontaktdaten von Mitarbeitern oder Dritten (Dienstleister oder Erfüllungsgehilfen), denen sich unser Vertragspartner einvernehmlich mit diesen bedient. Ohne die erforderlichen Daten sowie gegenseitige persönliche Kommunikation mit den zuständigen Mitarbeitern – bzw. falls unser Vertragspartner es wünscht, weiteren Dritten – kann das Vertragsverhältnis ggf. nicht abgeschlossen bzw. erfüllt werden.

6. Dauer der Speicherung bzw. Löschung personenbezogener Daten

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten für die o.g. Zwecke (siehe Punkt 3.) Ihre Daten werden erstmals ab dem Zeitpunkt der Erhebung, soweit Sie oder ein Dritter uns diese mitteilen, verarbeitet. Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, wenn das Vertragsverhältnis mit Ihnen beendet ist, sämtliche gegenseitigen Ansprüche erfüllt sind und keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder gesetzlichen Rechtfertigungsgründe für die Speicherung bestehen. Dabei handelt es sich u. a. um Aufbewahrungspflichten aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) und dem Geldwäschegesetz. Das bedeutet, dass wir spätestens nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, in der Regel sind das 10 Jahre nach Vertragsende, Ihre personenbezogenen Daten löschen.
Zu Werbezwecken erfolgt eine Nutzung der Daten über das Vertragsende hinaus nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen, längstens jedoch für eine Dauer von 24 Monaten.

7. Ihre Rechte

Sie haben uns gegenüber insbesondere folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffen den personenbezogenen Daten:

7.1. Auskunft

Ihnen steht jederzeit das Recht zu, Auskunft über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu verlangen (Art. 15 DS-GVO).

7.2. Berichtigung

Falls die gespeicherten Daten fehlerhaft, veraltet oder sonst wie unrichtig sind, haben Sie das Recht diese berichtigen zu lassen (Art. 16 DS-GVO).

7.3. Löschung

Sie können die Löschung Ihrer Daten verlangen, sollten wir keine Rechtsgrundlage mehr für die Speicherung haben (Art. 17 DS-GVO).

7.4. Einschränkung der Verarbeitung

Sie können die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, wenn eine der in Art. 18 Abs. 1 Lit. a) bis d) DS-GVO genannten Voraussetzungen gegeben ist (Art. 18 DS-GVO).

7.5. Übertragung
Sie können die Übertragung der von Ihnen bereitgestellten personenbezogenen Daten verlangen (Art. 20 DS-GVO).

7.6. Widerspruchsrecht
Sofern wir eine Verarbeitung von Daten zur Wahrung unserer berechtigten Interessen (siehe Punkt 3.2.) vornehmen, haben Sie aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit das Recht, gegen diese Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Das umfasst auch das Recht, Widerspruch gegen die Verarbeitung zu Werbezwecken einzulegen. Wir werden die personenbezogenen Daten nach dem Eingang des Widerspruchs nicht mehr für die Zwecke der Direktwerbung und/oder Marktforschung verarbeiten und die Daten löschen, wenn eine Verarbeitung nicht zu anderen Zwecken (beispielsweise zur Vertragserfüllung) erforderlich ist.

7.7. Widerrufsrecht bei einer Einwilligung
Sofern Sie uns eine gesonderte Einwilligung für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erteilt haben, können Sie diese jederzeit uns gegenüber widerrufen.
Ihren Widerruf oder Widerspruch richten Sie bitte an die unter Punkt 2. Kontaktdaten angegebenen Kontaktdaten oder an folgende E-Mail: widerspruch@stadtwerke-giessen.de

7.8. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde
Sie können sich jederzeit mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden (Art. 77 DS-GVO). Diese ist der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Wilhelmstr. 7, 65185 Wiesbaden (www.datenschutz.hessen.de).

8. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling
Zum Abschluss und zur Erfüllung des Vertragsverhältnisses findet keine rein automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne von Art. 22 DS-GVO statt, die Ihnen gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder Sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt. Wir setzen jedoch bei Sondervertragskunden im Rahmen der Vertragsanbahnung ein Bonitäts-Scoring ein, bei dem auf Basis von Wahrscheinlichkeitswerten – unter anderem unter Einbeziehung von Anschriftendaten – Ihr voraussichtliches Zahlungsverhalten eingeschätzt wird. Das Ergebnis dieses Scorings fließt als ein Kriterium in die Entscheidung über den Vertragsabschluss ein. Die abschließende Entscheidung über die Begründung, Durchführung oder Beendigung des Vertragsverhältnisses wird stets durch einen unserer Mitarbeiter unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände des Einzelfalls getroffen. Rechtsgrundlage für das Scoring ist Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO (Vertragserfüllung) sowie Art. 6 Abs. 1 f DS-GVO (berechtigtes Interesse an der Vermeidung von Zahlungsausfällen). Informationen zu den von uns eingesetzten Auskunfteien und den Rechtsgrundlagen des Datenaustausches entnehmen Sie bitte Abschnitt 4.2 dieser Datenschutzhinweise.

9. Änderungshinweis
Wir behalten uns vor, unsere Sicherheits- und Datenschutzmaßnahmen zu verändern, soweit dies wegen der technischen Entwicklung erforderlich wird. In diesen Fällen werden wir auch unsere Hinweise zum Datenschutz entsprechend anpassen. Bitte beachten Sie daher die jeweils aktuelle Version unserer Datenschutzhinweise.

Muster-Widerrufsformular

(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück.)

— An Stadtwerke Gießen AG, Lahnstraße 31, 35398 Gießen, Telefax: 0641 708-3387,
E-Mail: info@stadtwerke-giessen.de:

— Hiermit widerrufe(n) ich/wir (*) den von mir/uns (*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (*)/ die Erbringung der folgenden Dienstleistung (*)

— Bestellt am (*)/erhalten am (*)

— Name des/der Verbraucher(s)

— Anschrift des/der Verbraucher(s)

— Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)

— Datum

_____

(*) Unzutreffendes streichen.